

## **Antwort**

### **der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Dr. André Hahn, Gökay Akbulut, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.  
– Drucksache 19/21780 –**

### **Rechtsextreme Beeinflussung von Protesten gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen**

#### Vorbemerkung der Fragesteller

Eine Großdemonstration mit mehreren Zehntausend Teilnehmerinnen und Teilnehmern aus dem ganzen Bundesgebiet am 1. August 2020 in Berlin war vorläufiger Höhepunkt der seit dem Frühjahr in vielen Städten laufenden Proteste gegen die Eindämmungsmaßnahmen von Bund, Ländern und Kommunen gegen die Corona-Pandemie. Zu der Demonstration und Kundgebung, die von der Stuttgarter Initiative Querdenken711 und der Berliner Kommunikationsstelle Demokratischer Widerstand organisiert wurden, hatten auch zahlreiche Vereinigungen aus dem extrem rechten bis offen neonazistischen Spektrum wie das „Compact“-Magazin und die zum Pegida-Spektrum zählende Patriotic Opposition Europe mobilisiert. Unter den Demonstrations- und Kundgebungsteilnehmern, die sich selbst als „Corona-Rebellen“ und „Querdenker“ verstehen, befanden sich laut Presse und nach eigenen Beobachtungen der Fragestellerinnen und Fragesteller neben Impfgegnern und Esoterikern, um ihre Existenz fürchtenden Mittelständlern und Freunden der derzeit brachliegenden Clubszene so auch Neonazis und Reichsbürger sowie Mitglieder der Identitären Bewegung. Schwarz-weiß-rote Reichsfahnen waren ebenso sichtbar wie antisemitische Codes und Symbole der US-amerikanischen verschwörungsideologischen QAnon-Bewegung (<https://www.tagesspiegel.de/berlin/hygiene-demo-neonazis-und-impfgegner-vereint-bei-corona-demo/25768284.html>; <https://www.rnd.de/politik/corona-demo-in-berlin-wer-mit-wem-demo-nstriert-hat-7BW46FBTR5G4HPOHTL6FBE6A5M.html>).

Mehrere Pressevertreterinnen und Pressevertreter sowie Fernsehteams wurden nach Angaben der Gewerkschaft ver.di von Versammlungsteilnehmerinnen und Versammlungsteilnehmern so sehr bedrängt, beschimpft, bedroht und tätlich angegriffen und dabei nur unzureichend von der Polizei geschützt, dass sie ihre Arbeit zumindest zeitweilig einstellen mussten (<https://www.berlinerzeitung.de/mensch-metropole/journalisten-hatz-bei-corona-demo-li.97079>).

Weil die Masse der Teilnehmerinnen und Teilnehmer sich nicht an Hygiene-Auflagen wie das Tragen von Mund-Nase-Masken und Abstandhalten hielt, erklärte die Polizei schließlich die unter dem Motto „Das Ende der Pandemie – Der Tag der Freiheit“ stehende Schlusskundgebung vorzeitig für beendet

(<https://www.tagesspiegel.de/berlin/hygiene-demo-neonazis-und-impfgegner-vereint-bei-corona-demo/25768284.htm>).

### Vorbemerkung der Bundesregierung

Bei der Beantwortung der Fragen wurden teilweise Erkenntnisse vom Demonstrationsgeschehen in Berlin am 29. August 2020 berücksichtigt. Dies betrifft die Antworten zu den Fragen 1 und 5. Im Übrigen liegen der Bundesregierung zum Bearbeitungszeitpunkt noch keine gesicherten Erkenntnisse zum Demonstrationsgeschehen in Berlin am 29. August 2020 vor, die fristwährend in die Beantwortung einfließen konnten.

1. Wie viele von rechtsextremen oder rechtsextrem beeinflussten Gruppierungen oder als rechtsextrem bekannten Personen organisierte Aufzüge, die sich gegen die staatlichen Corona-Eindämmungsmaßnahmen richteten, fanden nach Kenntnis der Bundesregierung seit Beginn der Corona-Krise im März 2020 statt (bitte jeweils Ort und Zeitpunkt, Teilnehmerzahl und Veranstalter angeben sowie benennen, ob der Aufzug angemeldet war oder nicht)?

Dem Bundesamt für Verfassungsschutz (BfV) sind die nachfolgend tabellarisch aufgelisteten, von Rechtsextremisten durchgeführten oder von Rechtsextremisten dominierten Kundgebungen gegen die staatlichen Corona-Eindämmungsmaßnahmen bekannt geworden. Informationsstände, Flugblattverteilaktionen oder sonstige lokale öffentliche (Kleinst-)Veranstaltungen werden nicht aufgelistet.

Erkenntnisse über erfolgte oder nicht erfolgte Anmeldungen liegen der Bundesregierung nicht vor. Es wird darauf hingewiesen, dass der Vollzug des Versammlungsrechts als auch grundsätzlich der Vollzug im Bereich der Gefahrenabwehr in der Zuständigkeit der Behörden der Länder liegt, ferner führen die Länder das Infektionsschutzgesetz ganz überwiegend als eigene Angelegenheit aus. Veranstalter, zu denen der Bundesregierung keine Anhaltspunkte für rechtsextremistische Bestrebungen vorliegen, werden nicht aufgeführt.

	Bundesland	Datum	Ort	Veranstalter	Name/ "Motto"	Teilnehmeranzahl insgesamt
1.	HB	25.04.2020	Bremerhaven	„DIE RECHTE“	„Grundrechte auch in der Corona-Zeit schützen“	25
2.	ST	25.04.2020	Halle	n.b.*	Demonstration für das Grundgesetz und gegen Corona-Maßnahmen	n.b.
3.	SN	02.05.2020	Chemnitz	„Bürgerbewegung Pro Chemnitz“	„Nein zu Justizwillkür und Polizeigewalt! Corona-Diktatur beenden!“	30
4.	ST	02.05.2020	Halle	n.b.	„Anti Corona Veranstaltung, Grundrechte, Isolation“	n.b.
5.	BB	05.05.2020	Cottbus		COVID-1984 – Warnstufe IV für unsere Bürgerrechte“	200

\* n.b. = nicht bekannt

	Bundesland	Datum	Ort	Veranstalter	Name/ "Motto"	Teilnehmeranzahl insgesamt
6.	BE	06.05.2020	Berlin	n.b.	Verschwörungsideologische Versammlungen vor dem Reichstagsgebäude	n.b.
7.	ST	09.05.2020	Halle	n.b.	„Anti Corona Veranstaltung, Grundrechte, Isolation“	n.b.
8.	BE	09.05.2020	Berlin	„Staatenlos.info“	Mahnwache	300
9.	SN	09.05.2020	Schwarzenberg/ Erzgeb.	Einzelperson	„Corona-Wahnsinn stoppen! – Freiheit jetzt!“	120
10.	BB	11.05.2020	Luckenwalde	n.b.	Versammlung gegen Corona-Beschränkungen	n.b.
11.	HE	15.05.2020	Haiger	„Der III. Weg“	Ja zum Verbot des Muezzin-Rufs – Corona-Sonderregelungen sind kein Türöffner für Überfremdung	18
12.	ST	16.05.2020	Halle (Saale)	n.b.	„Anti Corona Veranstaltung, Grundrechte, Isolation“	200
13.	BE	16.05.2020	Berlin	ohne Anmelder	Spontandemo	1500
14.	MV	18.05.2020	Stralsund		„Grundrechte schützen, Freiheit wahren“	100
15.	MV	18.05.2020	Rostock	n.b.	„Abendspaziergang“	600
16.	ST	18.05.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Montagsdemo in Halle – Für Frieden, ehrliche Medien“	65
17.	BB	18.05.2020	Rathenow	n.b.		60
18.	MV	18.05.2020	Anklam	n.b.	„Spaziergang“	40
19.	ST	18.05.2020	Wernigerode	n.b.	„Spaziergang“	200
20.	BB	19.05.2020	Cottbus	n.b.	Ohne unseren Protest kein Ende des Shutdowns in Sicht	90
21.	ST	19.05.2020	Weißenfels	n.b.	„Spaziergang“	14
22.	ST	19.05.2020	Zeitz	n.b.	„Spaziergang“	30
23.	MV	19.05.2020	Schwerin	Einzelperson	„Auszahlung Corona Soforthilfe“	3
24.	ST	20.05.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Für Demokratie, Demokratie ist erlernbar“	50
25.	ST	21.05.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Für Demokratie, Demokratie ist erlernbar“	50
26.	ST	22.05.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Für Demokratie, Demokratie ist erlernbar“	50

	Bundesland	Datum	Ort	Veranstalter	Name/ „Motto“	Teilnehmeranzahl insgesamt
27.	HE	23.05.2020	Büdingen	Einzelperson	Deutschland gegen den Corona- Wahnsinn – Vernunft statt Hysterie	20
28.	NI	23.05.2020	Braunschweig	„DIE RECHTE“	„Gegen Seuchendik- tatur – Grundgesetz durchsetzen	25
29.	BE	23.05.2020	Berlin		Heimat und Weltfriede- den	800
30.	ST	23.05.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Anti Corona Veran- staltung, Grundrechte, Isolation“	55
31.	BE	23.05.2020	Berlin	ohne Anmelder	Spontandemo	50
32.	ST	23.05.2020	Lutherstadt Eis- leben	Einzelperson	„Deutschland gegen den Corona Wahn- sinn“	15
33.	NW	24.05.2020	Mönchenglad- bach	Einzelperson	Freiheit statt „Neue Normalität“ #2	170
34.	NW	24.05.2020	Siegburg	Einzelperson	Grundgesetz Artikel 1 und 2	25
35.	MV	25.05.2020	Stralsund	n.b.	„Montagsspazier- gang“	64
36.	MV	25.05.2020	Neubrandenburg	n.b.	„Montagsspazier- gang“	272
37.	MV	25.05.2020	Rostock	n.b.	„Montagsdemo – Aufruf zur friedli- chen Zusammen- kunft“	300
38.	ST	25.05.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Demokratie ist er- lernbar“	34
39.	ST	25.05.2020	Hettstedt	n.b.	„Spaziergang“	90
40.	MV	25.05.2020	Waren	n.b.	„Montagsspazier- gang“	96
41.	MV	25.05.2020	Güstrow	n.b.	„Spaziergang“	17
42.	BB	26.05.2020	Cottbus	Einzelperson	Bürger für Bürger- rechte	70
43.	ST	26.05.2020	Zeitz	n.b.	„Spaziergang“	18
44.	ST	26.05.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Demokratie ist er- lernbar“	20
45.	NW	30.05.2020	Düsseldorf		Anti-Corona- Maßnahmen	150
46.	NW	30.05.2020	Düsseldorf	„Bruderschaft Deutschland“	Kundgebung gegen die Corona- Maßnahmen	20
47.	ST	30.05.2020	Halle		„Anti Corona Veran- staltung, Grundrechte, Isolation“	n.b.
48.	BY	01.06.2020	Deggendorf	n.b.	Spaziergang	35

	Bundesland	Datum	Ort	Veranstalter	Name/ "Motto"	Teilnehmeranzahl insgesamt
49.	BY	01.06.2020	Cham	Einzelperson	Versammlung für Freiheit, Grundrechte und Medizin ohne Zwangsmaßnahmen und fürs Motorradfahren an Sonn-/Feiertagen	200
50.	BB	02.06.2020	Cottbus	Einzelperson	Bürger für Bürgerrechte	175
51.	ST	06.06.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Anti Corona Veranstaltung, Grundrechte, Isolation“	30
52.	BE	06.06.2020	Berlin	„Patriotic Opposition Europe“	„Gegen die Corona-Diktatur und für Grundrechte“	80
53.	NW	07.06.2020	Mönchengladbach	„Mönchengladbach steht auf e.V.“	Freiheit statt neue Normalität	70
54.	MV	08.06.2020	Rostock	Einzelperson	„Die Würde des Menschen ist unantastbar“	146
55.	ST	08.06.2020	Wernigerode	n.b.	als „Spaziergang“ deklariert	100
56.	SN	08.06.2020	Zittau			80
57.	SN	08.06.2020	Chemnitz	n.b.	6. Montagsspaziergang	191
58.	NW	13.06.2020	Heinsberg	Einzelperson	Heimatschutz statt Mundschutz	50
59.	ST	13.06.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Anti Corona Veranstaltung, Grundrechte, Isolation“	25
60.	ST	13.06.2020	Quedlinburg	n.b.	„Stiller Spaziergang“	170
61.	ST	13.06.2020	Magdeburg	n.b.	„Pro Verfassung ST“	80
62.	NW	13.06.2020	Duisburg		Friedliche Demonstration für Freiheit und Grundrechte	90
63.	NW	14.06.2020	Mönchengladbach	„Mönchengladbach steht auf e.V.“	Freiheit statt neue Normalität	56
64.	ST	15.06.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Montagsdemo in Halle – Für Frieden, ehrliche Medien, soziale Gerechtigkeit“	32
65.	ST	15.06.2020	Wernigerode	n.b.	„Spaziergang“	50
66.	ST	17.06.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	25
67.	NI	20.06.2020	Braunschweig	Einzelperson	„Gegen Seuchendiktatur – Meinungs- und Versammlungsfreiheit durchsetzen“	30

	Bundesland	Datum	Ort	Veranstalter	Name/ "Motto"	Teilnehmeranzahl insgesamt
68.	ST	20.06.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	30
69.	MV	22.06.2020	Anklam	n.b.	„Bewahren des Grundgesetzes. Anti-Impfzwang Demo Aufhebung aller corona-Maßnahmen“	21
70.	MV	22.06.2020	Neubrandenburg		„Montagsspaziergang“	100
71.	BY	22.06.2020	Deggendorf	Einzelperson	Für Freiheit und Selbstbestimmung und den Erhalt der bayerischen Wirtschaft	53
72.	ST	27.06.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	35
73.	ST	29.06.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Montagsdemo in Halle – Für Frieden, ehrliche Medien, soziale Gerechtigkeit“	20
74.	MV	29.06.2020	Neubrandenburg	Einzelperson	Montagsspaziergang „Freiheit, Menschlichkeit, Aufrichtigkeit“	85
75.	ST	04.07.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	35
76.	NW	04.07.2020	Düsseldorf		Corona-Restriktionen	350
77.	NW	05.07.2020	Essen		Ja zur Freiheit! Nein zum Verbot	450
78.	ST	11.07.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	25
79.	BY	13.07.2020	Deggendorf	Einzelperson	Für Freiheit und Selbstbestimmung und den Erhalt der bayerischen Wirtschaft	40
80.	ST	18.07.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	43
81.	BY	18.07.2020	Hilpoltstein		Dialog statt Spaltung	n.b.
82.	BY	20.07.2020	Deggendorf	Einzelperson	Für Freiheit und Selbstbestimmung und den Erhalt der bayerischen Wirtschaft	40

	Bundesland	Datum	Ort	Veranstalter	Name/ "Motto"	Teilnehmeranzahl insgesamt
83.	ST	21.07.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Montagsdemo in Halle – Für Frieden, ehrliche Medien, soziale Gerechtigkeit“	30
84.	ST	25.07.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	54
85.	BY	25.07.2020	Hilpoltstein		Dialog statt Spaltung	n.b.
86.	ST	27.07.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Montagsdemo in Halle – Für Frieden, ehrliche Medien, soziale Gerechtigkeit“	25
87.	BY	27.07.2020	Deggendorf	Einzelperson	Für Freiheit + Selbstbestimmung, Erhalt der Arbeitsplätze, Hinterfragen der Corona-Politik	30
88.	SH	01.08.2020	Husum	NPD-Landesverband Schleswig-Holstein	Corona-Wahnsinn stoppen	9
89.	ST	01.08.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	4
90.	ST	03.08.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Montagsdemo in Halle – Für Frieden, ehrliche Medien, soziale Gerechtigkeit“	24
91.	ST	08.08.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Schluß mit der Corona Diktatur – Verantwortliche zur Rechenschaft ziehen“	22
92.	ST	10.08.2020	Halle (Saale)	Einzelperson	„Montagsdemo in Halle – Für Frieden, ehrliche Medien, soziale Gerechtigkeit“	38

2. An wie vielen und welchen nicht von rechtsextremen Personen oder Vereinigungen organisierten Aufzügen gegen die staatlichen Corona-Eindämmungsmaßnahmen seit März 2020 beteiligten sich welche rechtsextremen Kräfte in welcher Stärke (bitte jeweils Ort und Zeitpunkt, Teilnehmerzahl und Veranstalter angeben sowie benennen, ob der Aufzug angemeldet war oder nicht)?

Versammlungen und Personen, für die keine hinreichenden Anhaltspunkte für verfassungsfeindliche Bestrebungen vorliegen, unterfallen nicht dem gesetzlichen Beobachtungsauftrag des BfV. Insofern liegen der Bundesregierung daher keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Im Übrigen wird auf den Hinweis auf die Zuständigkeit der Behörden der Länder in der Antwort zu Frage 1 verwiesen.

Es liegen der Bundesregierung allerdings Hinweise vor, dass sich Personen aus dem rechtsextremistischen Spektrum an von nichtextremistischen Organisationen veranstalteten Kundgebungen gegen die Corona-Beschränkungsmaßnahmen beteiligt haben. Dies erfolgte jedoch, bezogen auf die Gesamtzahl der Teilnehmer, in geringem Umfang. Eine maßgebliche Beeinflussung oder Prägung dieser Veranstaltungen war nicht gegeben.

3. Welchen generellen Einfluss üben rechtsextreme und rechtsextrem beeinflusste Kräfte, Vereinigungen, Medien und Einzelakteurinnen und Einzelakteure sowie das Reichsbürger-Spektrum nach Kenntnis der Bundesregierung auf die Szene der sogenannten Corona-Rebellen bzw. der Kritikerinnen und Kritiker der staatlichen Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen aus?

Durch die Organisation bzw. die Teilnahme an Veranstaltungen gegen die staatlichen Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen versuchen Rechtsextremisten, die in Teilen der Bevölkerung mittlerweile vorhandene Skepsis angesichts der Einschränkungen des öffentlichen Lebens für sich zu nutzen. So nehmen Szeneakteure die Pandemie zum Anlass, die Bundesregierung zu kritisieren, verschwörungstheoretische Inhalte zu verbreiten, und nutzten beispielsweise die Situation an der griechisch-türkischen Grenze dazu, jegliche Aufnahme von geflüchteten Menschen in Notsituationen abzulehnen. In diesem Zusammenhang findet eine fremdenfeindlich motivierte Abwertung von Migranten statt. Die Corona-Krise wird von Teilen rechtsextremistischer Parteien ferner genutzt, um sich als Helfer sozial schwächerer deutscher Bürger (ohne Migrationshintergrund) zu profilieren.

Ein prägender Einfluss auf die Kritiker der staatlichen Pandemie-Eindämmungsmaßnahmen oder deren Demonstrationen konnte nicht festgestellt werden.

Auch die im Nachgang zu derartigen Kundgebungen zu beobachtenden Versuche, diese Versammlungen propagandistisch für sich zu vereinnahmen, fanden keine erkennbare Resonanz. Insofern resultierte aus den Kundgebungen für die rechtsextremistische Szene bislang keine nennenswerte Anschlussfähigkeit an demokratische Kundgebungsteilnehmer.

4. Wie haben sich die verschiedenen rechtsextremen und rechtsextrem beeinflussten Parteien (NPD, Die Rechte, III. Weg, Junge Alternative und „Der Flügel“ innerhalb der AfD), Vereinigungen und Medien sowie das Spektrum der Reichsbürger bezüglich der Corona-Krise positioniert, und inwieweit, und in welchen Fällen, und aus welchem Grund gab es bezüglich dieser Positionierung im Laufe der letzten Monate eine Veränderung?

Nach einer etwa mehrwöchigen Karenzzeit in der Hochphase der Corona-Krise, in der keine öffentlichen Versammlungen der rechtsextremistischen Szene stattfanden, versuchten Rechtsextremisten, mit eigenen Kundgebungen und Demonstrationen Aufmerksamkeit zu generieren und an die gesellschaftlichen Diskussionsprozesse anzuknüpfen. Das Daueragitationsthema Asyl, das auch in den Zeiten der Krise mit fremdenfeindlicher Polemik gegen Asylbewerber als potenziellen Virusträgern präsent war, rückte dabei seit Mitte April zunehmend in den Hintergrund.

Analog zur gesamtgesellschaftlichen Debatte über den Umgang mit COVID-19 und geeigneten Maßnahmen zur Vermeidung neuer Ansteckungen haben Rechtsextremisten die auf der Grundlage des Infektionsschutzgesetzes erlasse-

nen staatlichen Beschränkungsmaßnahmen als Agitationsthema aufgegriffen. Sie behaupten, die Maßnahmen zielten darauf ab, der Bevölkerung in Deutschland elementare Grundrechte, insbesondere die Meinungs- und Versammlungsfreiheit, zu entziehen und damit einem autokratisch geprägten Regierungssystem Vorschub zu leisten. Anders als demokratische Akteure, die teilweise ähnliche Befürchtungen aussprechen, geht es Rechtsextremisten jedoch nicht um die Wahrung der Rechtsstaatlichkeit oder eine sachliche Debatte über den geeigneten Weg heraus aus der Krise, sondern um die Delegitimierung staatlichen Handelns und demokratischer Institutionen. Dass es auch in diesem Sinne Anknüpfungspunkte an Akteure der demokratischen Zivilgesellschaft gibt, zeigen die Versuche einzelner Rechtsextremisten, sich mit Versammlungen anderer Organisatoren mit anderer inhaltlicher Ausrichtung und Intention zu assoziieren.

Dies geschieht mit dem Ziel, an demokratische Proteste Anschluss zu finden und – wie bei einzelnen Anti-Asyl-Kundgebungen in der Vergangenheit auch gelungen – diese sogar zu dominieren. Entsprechende Bemühungen im Zusammenhang mit der Corona-Krise hatten aber nicht den von den Extremisten erhofften Erfolg.

Rechtsextremistische Parteien, wie „DIE RECHTE“, „Der III. Weg“ oder auch die NPD sind weiterhin vor allem darum bemüht, die durch die Corona-Pandemie entstandene gesellschaftliche Notlage zu nutzen, um sich als „Kümmerparteien“ und „Helfer“ zu profilieren. So weitete die NPD im Rahmen der Corona-Pandemie ihre „Solidaritätsaktionen“ aus. Im Fokus soll die Hilfestellung für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen stehen. Im Rahmen von Kritik am Krisenmanagement der Bundesregierung bemängelt die NPD vermeintlich zu spät geschlossene Grenzen, wodurch sich das Virus schneller habe ausbreiten können.

Der Bundesvorsitzende der Partei „DIE RECHTE“ äußerte sich in einem auf der Website der Bundespartei veröffentlichten Beitrag im Hinblick auf in der rechtsextremistischen Szene verbreitete Verschwörungstheorien zur Corona-Krise kritisch. Er schließe „bis zu einem Gegenbeweis“ aus, dass die Corona-Pandemie künstlich geschaffen worden sei, um „aus der Krise Kapital [zu] schlagen“. Dennoch sieht er die Möglichkeit einer Revolution: „Schrumpft oder stirbt gar die Wohlgefühlzone des deutschen Michels, wird es auch für die Herren der Republik sehr ungemütlich an ihren Trögen.“ Darüber hinaus werden der Verlust bürgerlicher Freiheiten und weitere Einschränkungen thematisiert.

Die Partei „Der III. Weg“ ruft auf ihrer Homepage in einem längeren Beitrag zur Corona-Krise zu „Deutschem Sozialismus“ und „revolutionären Veränderungen“ auf. Die Auswirkungen der Corona-Pandemie auf die politische Lage in Deutschland und in der Europäischen Union (EU) betrachtet die Partei als eindeutigen Hinweis darauf, dass das „kapitalistische System äußerst störanfällig“ und – in letzter Konsequenz – „am Ende“ sei. Die EU und die bundesdeutsche Regierung hätten ihr Versagen durch fehlende Solidarität unter den Mitgliedsstaaten sowie „ein gnadenloses Hauen und Stechen“ unter Beweis gestellt. Die Krisensituation würde vielmehr genutzt, um durch einen Ausbau der staatlichen „Machtfülle“ bürgerliche Freiheiten einzuschränken. Außerdem betriebe die Bundesregierung eine Politik „gegen das eigene Volk“, weshalb „Millionen drohen in die Armut abzurutschen“.

Anhänger und ehemalige Funktionäre des „Flügel“ nahmen in den vergangenen Wochen an Veranstaltungen gegen die Corona-Beschränkungen teil und äußerten sich besonders im Internet und den sozialen Medien negativ zu den Beschränkungen.

Funktionäre und Gliederungen der „Jungen Alternative“ nahmen ebenfalls an entsprechenden Veranstaltungen teil und äußerten sich gleichfalls negativ über die staatlichen Beschränkungsmaßnahmen.

Die Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ nutzt die Pandemie zur Verbreitung von Verschwörungstheorien. Überwiegend wird die Pandemie als Inszenierung begriffen, mit der weitergehende Ziele verfolgt würden. In der Szene der „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“ besteht weiterhin die Möglichkeit, dass sich Akteure in diesem Phänomenbereich nicht an staatlich verordnete Vorgaben oder Gebote halten. Dies kann vom Nichteinhalten der Abstandsregeln bis hin zum Durchführen öffentlicher Veranstaltungen reichen. Ansonsten besteht der Diskurs in der „Reichsbürger“- und „Selbstverwalter“-Szene schwerpunktmäßig aus einer Gemengelage teils widersprüchlicher Verschwörungstheorien.

5. Inwieweit hält die Bundesregierung an ihrer in der Antwort auf Bundestagsdrucksache 19/20774 getroffenen Einschätzung „Eine Beteiligung von Rechtsextremisten am Demonstrations- und Versammlungsgeschehen im Zuge der COVID-19-Pandemie erfolgte nach Kenntnisstand der Bundesregierung nur in einigen Fällen und aktuell augenscheinlich mit zunehmend geringerer Beteiligung als zu Beginn dieser Versammlungslagen. Aufrufe zur Teilnahme an entsprechenden Kundgebungen werden in rechtsextremistischen Kreisen mittlerweile kaum mehr festgestellt. Aus Sicht der Bundesregierung deutet sich teilweise ein Rückzug rechtsextremistischer Kreise aus diesem Kampagnenfeld an“ unter Berücksichtigung der Mobilisierung und Teilnahme von Rechtsextremen an den Aufzügen vom 1. August 2020 in Berlin fest, und wie korrigiert sie gegebenenfalls ihre Einschätzung?

Die in der Antwort der Bundesregierung auf die Kleine Anfrage auf Bundestagsdrucksache 19/20774 getroffene Einschätzung hat nicht mehr Bestand. Insgesamt hatten das Versammlungsgeschehen sowie die damit einhergehenden Straftaten der Politisch Motivierten Kriminalität -rechts- (PMK-rechts) deutlich abgenommen und es war festzustellen, dass eine strukturierte Teilnahme der rechten Szene an den von demokratischen Akteuren organisierten Kundgebungen nicht erkennbar war. Auch unter den Teilnehmern der Großveranstaltung vom 1. August 2020 zum Thema „Das Ende der Pandemie: Tag der Freiheit“ befanden sich – nach den bisherigen Erkenntnissen – bezogen auf die Gesamtzahl der Besucher nur relativ wenige Angehörige der rechtsextremistischen Szene.

Die meisten Rechtsextremisten gingen zeitweise davon aus, dass sie von dem Protestgeschehen gegen die Corona-Beschränkungsmaßnahmen nicht profitieren können.

Allerdings haben die Größenordnung und mediale Präsenz der Veranstaltung am 1. August 2020 in Berlin Rechtsextremisten erneut motiviert, durch eine stärkere Werbung zur Teilnahme an der für den 29. August 2020 angemeldeten Folgeveranstaltung den Versuch zu unternehmen, auf diese Weise öffentliche Aufmerksamkeit zu erhalten und zumindest den Anschein einer Anschlussfähigkeit an die nichtextremistische Protestbewegung zu erzeugen. So waren die Mobilisierungsaufrufe im Vorfeld der Kundgebung in Berlin am 29. August 2020 breiter und intensiver als im Vorfeld der Demonstration vom 1. August 2020.

Rechtsextremisten sowie Angehörige der Reichsbürgerszene, die an der Kundgebung am 29. August 2020 in Berlin teilnahmen, gelang es, durch aggressive und gewalttätige Störaktionen einen Resonanzraum zu besetzen und medial wirkmächtige Bilder zu erzeugen, auch wenn diese Störaktionen abseits der an-

gemeldeten Großveranstaltung stattfanden. Die Sicherheitsbehörden des Bundes verfolgen im Rahmen ihrer gesetzlichen Zuständigkeiten einen möglichen Ausbau der rechtsextremistischen Vereinnahmung von Protesten gegen die staatlichen Corona-Eindämmungsmaßnahmen daher auch weiterhin sehr aufmerksam.

6. Wie reagierten Veranstalterinnen und Veranstalter sowie die Teilnehmerinnen und Teilnehmer, die nicht dem rechtsextremen Spektrum zuzuordnen sind, nach Kenntnis der Bundesregierung jeweils und speziell anlässlich der Aufzüge vom 1. August 2020 in Berlin auf die Teilnahme von erkennbar rechtsextremen Personen und Organisationen an Aufzügen gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen?
  - a) Inwieweit, und in welchen konkreten Fällen sind der Bundesregierung verbale Abgrenzungen von Seiten der Veranstalterinnen und Veranstalter von der Teilnahme rechtsextremer Gruppierungen und Personen oder dem Zeigen rechtsextremer Symbole und Losungen bekannt?
  - b) Inwieweit, und mit welchem Erfolg haben nichtrechtsextreme Veranstalterinnen und Veranstalter von Aufzügen gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen nach Kenntnis der Bundesregierung welche praktischen Schritte ergriffen, um eine Teilnahme von Rechtsextremistinnen und Rechtsextremisten oder das Zeigen von deren Symbolik und Losungen zu verhindern?

Aufgrund ihres Sachzusammenhangs werden die Fragen 6 bis 6b gemeinsam beantwortet.

Die Veranstalter der Kundgebung vom 1. August 2020 distanzieren sich bei der Versammlung in Berlin – wie zuvor auch bei den Versammlungen in Stuttgart – von Gewalt und Extremismus jeglicher Couleur und riefen dazu auf, Störer von der Polizei entfernen zu lassen.

Inwieweit dieser Aufruf in konkrete praktische Maßnahmen umgesetzt wurde, ist der Bundesregierung nicht bekannt.

7. Welche rechtsextremen oder rechtsextrem beeinflussten Vereinigungen und Medien haben nach Kenntnis der Bundesregierung zur Teilnahme an den Aufzügen gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen vom 1. August 2020 in Berlin aufgerufen?

Durch verschiedene Einzelpersonen und Organisationen aus der rechtsextremistischen Szene war bereits im Vorfeld der Veranstaltung mobilisiert worden, unter anderem auch in sozialen Medien, auf Messenger-Diensten und auf YouTube.

So wurde auf der Facebook-Präsenz der NPD Hessen in einem Beitrag für eine Teilnahme an einer Demonstration am 1. August 2020 in Berlin geworben. Die „Compact-Magazin GmbH“ unterstützte die geplante Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen am 1. August 2020 in Berlin ebenfalls. Die Veranstaltung wurde in vereinzelt Beiträgen auf der Homepage der „Compact-Magazin GmbH“, aber insbesondere auf einer eigens eingerichteten Webseite beworben. Dort rief der Chefredakteur des „Compact-Magazins“, seine Leserschaft explizit zur Teilnahme an der Demonstration auf. Für Mobilisierungsbestrebungen einzelner Personen kann beispielhaft auf einen als „Volkslehrer“ auftretenden Berliner Rechtsextremisten verwiesen werden.

Mobilisierungsaufrufe aus dem Reichsbürgerspektrum („Verfassungsgebende Versammlung“) wurden ebenfalls bekannt.

8. Welche rechtsextremen oder rechtsextrem beeinflussten Vereinigungen im Einzelnen und Personen aus welchen rechtsextremen oder rechtsextrem beeinflussten Spektren sowie Reichsbürgern haben sich nach Kenntnis der Bundesregierung in welcher Stärke an den Aufzügen gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen vom 1. August 2020 in Berlin beteiligt?

In Bezug auf die Gesamtzahl der Teilnehmer hat – nach den bisherigen Erkenntnissen – ein relativ geringer Anteil von Angehörigen der rechtsextremistischen Szene an der Großveranstaltung vom 1. August 2020 zum Thema „Das Ende der Pandemie: Tag der Freiheit“ teilgenommen.

Hierzu gehörten neben Funktionären der NPD auch Berliner Rechtsextremisten und der als „Volkslehrer“ auftretende Berliner Rechtsextremist. Wie angekündigt, nahmen auch Vertreter der „Compact-Magazin GmbH“ an der Anti-Corona-Maßnahmen-Demonstration in Berlin teil, darunter der Herausgeber und Chefredakteur des „Compact“-Magazins.

Weiterhin liegen der Bundesregierung Hinweise auf die Teilnahme von mehreren Personen aus der Szene der „Reichsbürger und Selbstverwalter“ vor.

9. Welche rechtsextremen, rassistischen, antisemitischen, geschichtsrevisio-nistischen und volksverhetzenden Äußerungen in Wort und Schrift oder Symbolik sind der Bundesregierung auf den Aufzügen gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen von 1. August 2020 bekannt geworden?

Auf der Veranstaltungsbühne konnten keine Äußerungen in Wort und Schrift im Sinne der Fragestellung festgestellt werden. In den Aufzügen wurden vereinzelt Symbole (etwa auf Fahnen, Bekleidungsstücke etc.) verwendet, welche auf Einstellungen und Ideologien im Sinne der Fragestellung hindeuten könnten. Im Übrigen liegen der Bundesregierung hierzu keine Erkenntnisse vor.

10. Inwieweit, und durch welche Akteurinnen und Akteure, und in welchen Medien gab es nach Kenntnis der Bundesregierung im Vorfeld der Aufzüge vom 1. August 2020 in Berlin gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen Aufrufe oder Ankündigungen, dort oder bereits bei der Anreise gegen Hygiene-Regeln wie das Tragen von Mund-Nase-Masken oder das Abstandhalten zu verstoßen?

Der Bundesregierung liegen keine Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor.

11. Welche Kenntnisse hat die Bundesregierung über Übergriffe auf Journalistinnen und Journalisten und Kamerateams durch Teilnehmerinnen und Teilnehmer von Aufzügen gegen die Corona-Eindämmungsmaßnahmen generell sowie im Besonderen am 1. August 2020?
  - a) Von wem gingen diese Übergriffe jeweils aus, und inwieweit waren daran rechtsextreme Akteurinnen und Akteure beteiligt?
  - b) Inwieweit sind der Bundesregierung Äußerungen von rechtsextremen Akteuren und Akteurinnen sowie aus der rechtsextremen Presse bekannt, die zu Übergriffen auf Medienvertreterinnen und Medienvertreter aufrufen, diese billigen oder begünstigen?

Wegen ihres Sachzusammenhangs werden die Fragen 11 bis 11b gemeinsam beantwortet.

Der Bundesregierung liegen Erkenntnisse zu folgenden Straftaten im Sinne der Fragestellung vor, die im Kriminalpolizeilichen Meldedienst Politisch Motivierte Kriminalität (KPMD-PMK) erfasst sind.

– PMK -links-

1. Mai 2020: Landfriedensbruch am Rande einer „Hygienedemo“ in Berlin. Ein Produktionsteam des ZDF („heute-show“) wurde nach Dreharbeiten von einer dunkel gekleideten und verummten Gruppe von ca. zehn bis zwölf Personen angegriffen und geschlagen. Sieben Personen erlitten teilweise schwere Verletzungen durch Tritte und Schläge.

– PMK -rechts-

6. Mai 2020: Angriff auf ein Kamerateam (gefährliche Körperverletzung zum Nachteil eines Pressevertreter der ARD) während einer nicht angemeldeten Versammlung vor dem Reichstag in Berlin („Freiheitsdemo für das deutsche Volk“).

9. Mai 2020: In Dortmund kam es zu Beleidigungen und einem tätlichen Übergriff auf zwei Journalisten des WDR durch einen Rechtsextremisten. Dieser ist als Unterstützer der neonazistischen Partei „DIE RECHTE“ und Angehöriger der lokalen gewaltorientierten rechtsextremistischen Szene bekannt.

– PMK -nicht zuzuordnen-

13. Mai 2020: In Pirna (Sachsen) wurde versucht, einem Pressevertreter die Kamera zu entreißen.

Im Übrigen liegen der Bundesregierung (auch im Zusammenhang mit der Versammlung am 1. August 2020 in Berlin) keine weiteren Erkenntnisse im Sinne der Fragestellung vor. Etwaige Straftaten im Zusammenhang mit dem Demonstrationsgeschehen in Berlin am 29. August 2020 waren zum Bearbeitungszeitpunkt noch nicht im KPMD-PMK erfasst.





